

STÄDTEPARTNERSCHAFT ZWISCHEN BERLIN UND MOSKAU WIRD WIEDERBELEBT

Bei der Vorstellung des 100-Tage-Programms der Rot-Rot-Grünen Regierung Berlins, wurde der Plan zur Wiederbelebung der Städtepartnerschaft mit Moskau vorgestellt. Zeitweise war diese Verbindung eingeschlafen, soll nun jedoch reaktiviert werden. Bürgermeister Michael Müller wird im Zuge dessen bereits im März nach Russland reisen, um den Austausch zwischen den Metropolen zu fördern.

KOMMENTAR

»MERKEL ERPRESSBAR?«

Von Heino Wiese

Schon vor Jahren hat man mir erzählt, dass Frau Merkel wegen alter Verfehlungen in der DDR durch den amerikanischen Geheimdienst erpressbar sei. Der amerikanische Geheimdienst sei im Besitz alter Stasi-Unterlagen, die belegen sollen dass Frau Merkel IM gewesen wäre. Ich habe das für Blödsinn gehalten und wäre nie auf die Idee gekommen, dieses Gerücht zu veröffentlichen. Als dann bekannt wurde, dass die NSA uns Deutsche systematisch ausforscht und auch vor der Bundeskanzlerin nicht Halt macht, kam mir auch das Gefühl, dass man erpressbar sein könnte, wenn der amerikanische Geheimdienst unsere intimsten Geheimnisse kennen würde. Und was mich gewundert hat, war die Tatsache, wie locker unsere Medien und auch die deutsche Politik mit dieser Enthüllung umgegangen sind. Aber Obama war ja „ein Guter“, da war das ja nicht so schlimm, wenn er uns ausforscht.

Gerd Schröder soll damals Präsident Putin gefragt haben: „Lieber Wladimir, hast Du mich denn auch abgehört?“ und der russische Präsident soll darauf geantwortet haben: „Natürlich Gerhard!“ Wir haben damals darüber gelacht, aber alles deutet darauf hin, dass Geheimdienste grundsätzlich Politiker anderer Länder ausforschen und auch Unwahrheiten verbreiten. Im Falle des Irakkrieges wurde sogar ein Krieg begonnen, der auf einer Lüge - Saddam Husseins vermeintlichem Besitz von ABC-Waffen - beruhte. Auch damals haben die Medien die Lüge unreflektiert verbreitet. Herr Joffe, Herausgeber der Zeit, war einer derjenigen, die bewusst einseitig über den Irak-Krieg berichtet hat und tut es nun wieder im Fall von Syrien.

Die neuesten unbewiesenen Gerüchte, dass Russland die US-Wahlen durch das Veröffentlichen von Dokumenten der Demokraten beeinflusst habe, dass Russland sich in US-Kraftwerke eingehackt hätte und dass Russland wegen unmoralischer Fotos Donald Trump erpressen könne, sind jetzt seit Wochen in den Medien und wurden vielfach als bereits bewiesene Tatsache dargestellt. Ich finde dieses Zusammenspiel zwischen Verleumdern und Medien unsäglich. An führender Stelle betätigt sich seit Jahren das ZDF, das beinahe keine Heute-Sendung produziert, wo nicht unbewiesene Verlautbarungen ihren Platz haben. Hauptsache, es richtet sich gegen Russland.

BUNTES AUS BERLIN

MODELS UND MACHER AUF DER BERLIN FASHION WEEK 2017

Vom 17. bis 20. Januar findet die Mercedes-Benz Fashion Week Berlin im Kaufhaus Jandorf sowie im me Collectors Room statt und bietet einem breiten Fachpublikum ein interessantes Angebot an Trends und Shows. Junge Designer und Kreative präsentieren dabei ihre Kollektionen für die Saison Herbst/ Winter 2017/2018.

Im vergangenen Jahr hatten über 200.000 Besucher die Modemesse sowie die 70 Fashionshows besucht, auch in diesem Jahr werden ähnliche Zahlen erwartet. Berlin hat sich mittlerweile unter den angesagten Modestandorten etabliert - es gibt 2.500 Unternehmen im Modebereich mit rund 22.800 Beschäftigten in der Branche, die 2013 einen Umsatz von 3,8 Milliarden Euro allein in Berlin erwirtschaftet hat.

Gugl-Hupf 

DRAGHIS E-MAIL-KONTO WURDE GEHACKT

Immer häufiger werden prominente Politiker Opfer von Hackingangriffen. Nachdem während des US-Wahlkampfes Hillary Clinton über die Veröffentlichung ihres E-Mail-Kontos gestolpert war, hat die italienische Polizei einen Nuklearengeieur sowie dessen Schwester festgenommen. Beide sollen mehr als 2.000 Passwörter geknackt haben, darunter auch alte Konten von den ehemaligen Regierungschefs Matteo Renzi und Mario Monti sowie von mehreren Vatikan-Mitarbeitern. Auch zu einem E-Mail-Konto vom Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, haben sich die Hacker Zugriff verschafft - dabei handelt es sich jedoch nicht um das offizielle EZB-Konto.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE EU IM JAHR 2017



Von Ronja Kemmer, Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Das Jahr 2016 hat uns erneut die Gewissheit gebracht, dass nur eines beständig ist: der Wandel. So war es für viele nicht vorstellbar, dass sich die Bürgerinnen und Bürger des stolzen Vereinigten Königreiches, das seit Jahrhunderten vom Austausch mit anderen Ländern lebt, dafür entscheiden, aus dem größten Friedensprojekt der Geschichte auszuscheiden. Das Ergebnis des Referendums über den Austritt aus der Europäischen Union war zwar knapp, aber nachdrücklich. Die populistischen Töne während der Kampagne waren unüberhörbar, dazu kam die Vorstellung ohne Rücksichtnahme auf andere Länder alleine besser agieren zu können. Mit dieser Ausgangslage müssen wir nun umgehen - die EU verkleinert sich erstmals, im Frühjahr wird die britische Regierung den

Antrag auf Austritt stellen. Dann stehen uns harte Verhandlungen bevor.

Dabei geht es um sehr viel: wir müssen in der Lage sein, einen tragfähigen Kompromiss zu schmieden, der zum einen die Interessen der Mitgliedsstaaten und die mannigfaltigen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft wahrt; zum anderen wird Großbritannien nach wie vor als unmittelbarer Nachbar und wichtiger Handelspartner eine bedeutende Rolle spielen. Trotzdem darf es eine Rosinenpickerei nicht geben: wer mit der EU „ins Geschäft“ kommen will, der muss die vier Grundfreiheiten und die gemeinsamen europäischen Werte achten! Diese Errungenschaften sind zu groß, als dass wir sie für einen Formelkompromiss opfern oder aufweichen dürfen.

Sowohl die aktuellen Entwicklungen in der Türkei, die politische Situation in Russland, aber auch die zahlreichen ungelösten Konflikte in Nachbarländern wie der Ukraine oder den Maghreb-Staaten lassen leider keine schnelle Verbesserung erwarten. Gerade deswegen müssen wir aber dem derzeitigen Vormarsch des Euroskeptizismus und des Populismus Paroli bieten: einfache Lösungen in einer komplexen, globalisierten Welt gibt es nicht.

Demokratie braucht Kompromiss statt Krawall. Bei den Wahlen in den großen EU-Gründerstaaten Frankreich und Deutschland bietet sich deshalb auch die Chance aufzuzeigen, dass die Kräfte der Vernunft und der Stabilität immer noch die besten Zukunftskonzepte haben.

2016: 600.000 ASYLSUCHENDE WENIGER ALS IM VORJAHR

Das Bundesinnenministerium (BMI) verkündete am Mittwoch in Berlin, im Jahr 2016 hätten 280.000 Menschen Schutz durch Asyl in Deutschland gesucht. 2015 waren es noch 890.000 Personen.

Zugleich ist Zahl der Asylanträge auf über 745.500 gestiegen, da viele im Jahr 2015 Eingereiste, keine zeitigen Termine beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommen hatten.

Innenminister Thomas de Maizière betrachtet die gesunkene Zahl der Asylsuchenden als Konsequenz der europäischen Maßnahmen, die den Flüchtlingsstrom steuerbar gemacht haben sollen.

Jenseits von Deutschland ist der Winter für viele Flüchtlinge jedoch eine Herausforderung: in Bulgarien waren am vergangenen Wochenende zwei Flüchtlinge aus dem Irak in einem Waldgebiet erfroren. Sie hatten das Land über die Türkei erreicht.

Auf Lesbos sind Zeltlager mit mehreren Hundert Bewohnern von Schnee bedeckt. Auch in Serbien sind viele Flüchtlinge von den Minustemperaturen bedroht.

Neben der gesunkenen Zahl der Asylsuchenden hat das BMI erklärt, dass im vergangenen Jahr 24.000 Abschiebungen durchgeführt wurden und 54.000 freiwillige Rückkehrer das Land verlassen haben.

TRUMPS MINISTER GUT VORBEREITET

Die Ministerkandidaten des designierten Präsidenten Donald Trump wurden diese Woche vor dem US-amerikanischen Senat befragt.

Bei der Anhörung präsentierten sich die meisten Kandidaten souverän, kritisch und eigenwillig in Bezug auf ihre politischen Einstellungen und Trumps Äußerungen.

Rex Tillerson, der vorgeschlagene Außenminister, positionierte sich gegen Trumps Forderung, sich von den Zielen des Klimavertrags zu distanzieren.

Mike Pompeo und James Mattis, die jeweils die CIA und das Pentagon leiten sollen, zeigten sich ebenfalls gut vorbereitet und bedacht.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

SCHÄUBLE NUTZT HAUSHALTSÜBERSCHUSS FÜR SCHULDENTILGUNG

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble möchte die 6,2 Milliarden Euro Haushaltsüberschuss aus dem Jahr 2016 in die Tilgung der Haushaltsschulden nutzen.

Nach gegenwärtiger Rechtslage müsste der Haushaltsüberschuss in die Finanzreserve für die Integration von Flüchtlingen fließen, die bei bisher 13 Milliarden Euro liegt.

Da 2016 auch die Investitionsausgaben auf sieben Milliarden Euro verdoppelt wur-

den, um bspw. Schulen zu sanieren, sieht Schäuble eher Handlungsbedarf bei dem Haushaltsdefizit. Damit möchte er ebenfalls ein internationales Signal senden.

Das starke Wirtschaftswachstum im vergangnen Jahr hat den Haushaltsüberschuss begünstigt - billiger Kraftstoff und sinkende Arbeitslosigkeit führten dazu, dass das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 Prozent gewachsen ist - so lange wie seit 2011 nicht mehr.

ERHOLUNG FÜR DIE SPANISCHE WIRTSCHAFT

Um 3,2 Prozent legte die spanische Wirtschaft im vergangenen Jahr zu - trotz Verzögerungen bei der Regierungsbildung und einer instabilen Minderheitsregierung unter Mariano Rajoy.

Gründe für das Wachstum sind die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, der niedrige Ölpreis sowie eine starke Saison in der Tourismusbranche. Nach Anschlägen in der Türkei, Nordafrika und im französischen Nizza, haben mehr Urlauber die spanischen Küsten besucht.

Obwohl Spanien damit das stärkste Wachstum der fünf größten Volkswirtschaft in der EU verbuchen kann, bleibt die Arbeitslosigkeit noch immer ein großes Problem. 2013 waren 26,3 Prozent der Spanier arbeitslos gemeldet, 2016 waren noch immer knapp ein Fünftel der Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Beschäftigung - 19,4 Prozent. Vor allem Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren haben besonders große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden.

169 JAHRE HAFT FÜR EHEMALIGEN VOLKSWAGEN-MANAGER IN DEN USA?

Bewusste Falschaussagen und Vernichtung von Beweismaterial. Insgesamt werden elf Anklagepunkte gegen den 48-jährigen Ex-Volkswagen-Manager Oliver Schmidt erhoben. Das US-Justizgericht kündigte an, das Strafmaß könnte sich dabei auf insgesamt 169 Jahre belaufen.

Besonders der schwere Bruch geltender Umweltschutzgesetze belastet den Autobauer und seine Führungsetage in den USA sehr. Insgesamt sind sechs amtierende und ehemalige Manager in das Visier der Justiz gekommen - sie alle sollen wesentlich Informationen manipuliert haben, um die Abgaswerte der Fahrzeuge besser

dastehen zu lassen. Zudem sollen sie konspirativ agiert haben, um Gesetze zu umschiffen.

Aufgrund des Dieselskandals gab es in den USA Massenklagen. VW konnte sich mit den Anwälten der Kläger auf einen Vergleich einigen, bei dem der Autobauer über vier Milliarden Euro insgesamt zahlen müsste. Diesem Deal muss jedoch der verantwortliche Richter zustimmen. Für den angeklagten Schmidt besteht keine Möglichkeit auf Kaution - das Fluchtrisiko sei zu groß.

Das FBI hatte ihn erst am vergangenen Samstag in Miami festgenommen.

PERSONALIEN

RAMELOW UND PLATZECK SCHLICHTEN ERNEUT IM BAHN-TARIFKONFLIKT

Bodo Ramelow (60, Die Linke) und Matthias Platzeck (63, SPD) werden erneut als externe Schlichter im Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn (DB) und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) auftreten. Das teilten beide Parteien am 30. Dezember mit. Der thüringische Regierungschef Ramelow wurde dabei von der GDL und der frühere brandenburgische Ministerpräsident Platzeck von der Bahn benannt. Beide schlichteten bereits im Sommer 2015 in einem Tarifkonflikt zwischen Bahn und GDL.

SÜNDER FOLGT AUF AUGENSTEIN ALS BERLINER SENATSSPRECHERIN

Claudia Sünder (47) wird neue Sprecherin des Senats von Berlin sowie Leiterin des Presse- und Informationsamts beim Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD). Sie tritt ihren Dienst als Abteilungsleiterin in der Berliner Senatskanzlei an. Sünder folgt auf Daniela Augenstein, die im September in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Stellvertretende Senatssprecher werden Kathi Seefeld (52) und Julian Mieth (34). Seefeld war ab 2002 Sprecherin der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus. Mieth leitete zuletzt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Grünen im Abgeordnetenhaus..

WALTER-ROSENHEIMER IST VORSITZENDE DER KINDERKOMMISSION

Beate Walter-Rosenheimer (52, Grüne) ist neue Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestags. Sie folgt auf Norbert Müller (Linke), der auch weiterhin Mitglied des Gremiums ist. Der Vorsitz der Kinderkommission wechselt alle zwölf Monate zwischen den ordentlichen Mitgliedern. Jede Fraktion ist mit einem Abgeordneten vertreten. Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

LESUNG IN DER NORDISCHEN BOTSCHAFT

Am 25 Januar findet im Felleshus eine Lesung mit Auður Jónsdóttir, einer der bekanntesten isländischen Autorinnen Islands, statt. Sie stellt ihren neuen Roman "Wege, die das Leben geht" vorstellen. Der Eintritt ist kostenlos, die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Nordische Botschaften Felleshus - Gemeinschaftshaus, Rauchstraße 1, 10787 Berlin.

WORTE DER WOCHE

»Wir werden tätliche Angriffe gegen Polizisten künftig härter sanktionieren.«

Bundesjustizminister Heiko Maas kündigt Verschärfungen bei Angriffen gegen Polizeibeamte an..

»Bombardier kommt in Deutschland in eine führende Rolle bei der Entwicklung und Fertigung von modernen Schienenverkehrstechnologien zu.«

Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister., über die Rolle des kanadischen Unternehmens Bombardier.

»Wir müssen zeigen, dass wir der Gier Grenzen setzen.«

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel über Pläne gegen exzessive Bonuszahlungen..

»Er redet teilweise wie Herr Gauland von der AfD.«

CDU-Generalsekretär Peter Tauber über FDP-Chef Christian Lindner.

»Deutschland ist dabei, sich von einer Form des Pazifismus zu verabschieden.«

François Fillon, Präsidentschaftskandidat in Frankreich..

»Ich will als Bundespräsident ein Gegengewicht sein zu den Tendenzen der grenzenlosen Vereinfachung «

Frank-Walter Steinmeier stellt sich in der Niedersächsischen Staatskanzlei als Kandidat für den Posten des Bundespräsidenten vor..

»Wir müssen den Dialog mit Russland suchen. Es kann Frieden auf unserem Kontinent niemals gegen, sondern immer nur mit Russland geben.«

Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz bei einem OSZE-Treffen in Hamburg. .

»Aber dies alles hat auch eine traurige Seite: Einige heizen tatsächlich eine derartige Hysterie an, legen sich ins Zeug, um diesen Zustand einer Hexenjagd aufrechtzuerhalten.«

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnet den Bericht, dass der Kreml kompromittierendes Material über Donald Trump haben soll, als Ente. .

TERMINE

17.1. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE ZU NACHHALTIGER INNOVATIONSKULTUR

Gesprächsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Nachhaltige Potenziale wahrnehmen und nutzen“, u.a. mit der Herausgeberin von Nachhaltige Innovationskultur Gesa Gordon, der Verantwortlichen der DACH-Region von ecovadis Tanja Reilly und der wissenschaftlichen Referentin beim Rat für Nachhaltige Entwicklung - Deutscher Nachhaltigkeitskodex Yvonne Zwick FOM-Hochschule Berlin, Bismarckstraße 107, 10625 Berlin (kostenpflichtig)

17.1. EUROPÄISCHE AKADEMIE ZUM VERHÄLTNIS RUSSLAND UND EUROP

Diskussionsveranstaltung der Europäischen Akademie Berlin und des rbb-Inforadios zum Thema „Alte Gräben in neuen Zeiten – Wie der Westen und Russland sich wieder näher kommen könnten“, u.a. mit dem Russland-Beauftragten der Bundesregierung Gernot Erler MdB (SPD), dem Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Russland, Belarus und die Ukraine Karl-Georg Wellmann und der Berlin-Korrespondentin der Zeitung Rossijskaja Gazeta Dr. Anna Rose Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Anmeldung erforderlich)

18.1. CDU/CSU-BT-FRAKTION ZUR ZUKUNFT DER TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Zukunft der transatlantischen Beziehungen“, u.a. mit dem ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater der USA Stephen J. Hadley, dem außen- und sicherheitspolitischen Berater der Bundeskanzlerin Dr. Christoph Heugens und dem Executive Director der RIAS-Kommission Erik Kirschbaum Deutscher Bundestag - Jakob-Kaiser-Haus, Dorotheenstraße 101, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

18.1. FES ZU WIRTSCHAFTSPOLITIK UND WOHLSTANDSSTEIGERUNG

Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und des Denkwerks Demokratie zum Thema „50 Jahre Magisches Viereck: Zur Neu-Vermessung des Wohlstands“, u.a. mit der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, dem Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Michael Keller und dem stellvertretenden Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Prof. Hans Diefenbacher.